

EINE SUMPFBLÜTE DES IMPERIALISMUS FEIERT

5 Denkmäler, Jubiläen, Tage oder Jahre des/der... in praktischer Hinsicht könnte man auf so etwas leicht verzichten, gäbe es nicht ab und zu wegen solcher Anlässe freie Tage. Die würde man allerdings auch ohne diese Gründe genießen. Als intellektuelles Bedürfnis genommen, ist es andererseits einigermaßen absurd, sich durch ein Datum oder Wahrzeichen vorschreiben zu lassen, worüber man nachdenken soll.

10 Erfinder und Nutznießer solcher Einrichtungen sind Staatsgewalten. Für sie ist die Erinnerung daran, daß irgendwann mal eine historische Tat passiert ist, ein wertvoller Gedanke. Der besteht darin, daß es Stadt, Land, Fluß, Staat schon äußerst lange gibt und eben dies vom Wert des Jubilars zeugt. Mit einem unschuldigen Datum beglückwünschen Politiker alle Welt zu ihrem Besitzstand, zu sich selber und zu ihrem Programm - obwohl die Geschichte zuallerletzt dieses Programm diktiert. Die ökonomische Bedeutung solcher Feste ist enorm: massig Geld für 15 Hymnenschreiber, Dekorateure, Blumenläden und Philharmonieorchester. Die moralische Wirkung nicht minder. Die Feiertlichkeiten sind ein Aufruf an . die Untertanen. Die obligatorische Phrase heißt "Erinnerung und Auftrag zugleich".

20 Zur Zeit ist Berlin dran wegen angeblich 750 Jahren. Beziehungsweise wegen der Botschaft, die der Bundeskanzler, ein Meister des historischen Arguments, den 750 Jahren mühelos entnimmt: "Berlin war immer ein Zentrum deutscher Geschichte und Kultur." Woraus zwingend folgt:

"Die Teilung der Stadt wird nicht das letzte Wort der Geschichte sein." (Festakt zur Eröffnung)

Westberlin feiert: einen Status

25 Der Kanzler kennt sich mit den zukünftigen Antworten der Geschichte deswegen so gut aus, weil er zum wer weiß wievielten Mal das deutsche Programm verkündet hat, dessentwegen der Wurmfortsatz der BRD mitten in der DDR überhaupt ausgehalten wird. Berlin ist nicht einfach eine Stadt, sondern ein einziger Rechtsanspruch. Berlin ist das Anschauungs-, Klage- und Beweismaterial für eine nach dem Willen der BRD "offene Frage". Aus dem Zugeständnis der 30 Sowjetunion, um der Entspannung willen auf das Stück Flurbereinigung zu verzichten und die Westalliierten mitten im Territorium ihres Bündnispartners DDR symbolträchtig in Teilen der alten Reichshauptstadt als Besatzungsmächte verbleiben zu lassen, haben Generationen von Bonner Zukunftsdenkern eine komplette eigene Abteilung Politik verfertigt. Die Sowjetunion hat sich auf den Kompromiß eingelassen,

“daß die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden, wobei ... diese Sektoren so wie bisher kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch nicht von ihr regiert werden.” (Viermächteabkommen)

5 Die Deutschlandpolitiker haben das nur sehr einseitig als eine Grundlage zur Beilegung von Streitigkeiten verstanden. Sie haben auf dieser Grundlage lauter neue angezettelt - als vorläufige Bekräftigung für den Anspruch auf die letzte, große.

Angefangen von der *Berlin-Klausel*, mit der noch der hinterletzte Kaffernstaat darauf festgelegt wird, daß er seine Erdnüsse nur dann in die BRD verkaufen kann, wenn er mit irgendwelchen
10 Handelsverträgen die “Einbeziehung” Westberlins und damit eben die besagte “offene Frage” mitunterschreibt. Und Staatsbesuche sind erst dann Ausdruck einer soliden Völkerfreundschaft, bzw. Besucher aus solchen Weltgegenden können sich erst dann ein paar Entwicklungsgelder erwarten, wenn sie, vor der Mauer abgestellt, das Bekenntnis abgelegt haben, daß sie sich ein
15 größeres Unglück gar nicht vorstellen können. Mit der Berlin-Klausel sind andererseits die Warschauer-Pakt-Staaten und andere Russenfreunde immerzu daraufhin getestet worden, wieweit sie sich wegen irgendwelcher Beziehungen mit der BRD dazu erpressen lassen, von der Solidarität mit der DDR und der ostblocküblichen Definition Westberlins als “selbständiger politischer Einheit” abzugehen. Im Sinne der “Bindungen” werden gerade unterhalb von
20 Bundestagstagungen regelmäßig Staatsakte in Westberlin inszeniert; es werden eigens ganze Bundesbehörden nach Westberlin verlegt, um deren Teilnahme an internationalen Veranstaltungen dann wieder ein Streit angezettelt werden kann. Veranstaltet die BRD Sport und Kultur international, muß Westberlin natürlich dabei sein, um die Frage aufzuwerfen, welcher Staat sich eine Absage leisten will. Deshalb ist Berlin dann “auch heute noch Seismograph für den Stand der Ost-West-Beziehungen” (Kohl), weil die BRD alles dafür tut, immer wieder kleinere politische
25 Beben zu veranlassen.

Neben solchermaßen “entwickelten Bindungen”, die nur durch ein paar gesetzgeberische Umständlichkeiten und nur einen völkerrechtlich ausgefuchsten Verstand erkennen lassen, daß Westberlin “nicht von der BRD regiert wird”, kommt es den Deutschlandpolitikern auf den Unterschied aber auch wieder mörderisch an: Daß nach wie vor die Alliierten in Westberlin die
30 Hoheit haben und dem Senat “nur” erlauben, alle in der BRD gültigen Gesetze “freiwillig” zu übernehmen, ist die liebevoll gepflegte Garantie dafür, daß die BRD bei ihrem Programm einer Revision des Kriegsergebnisses ihr Bündnis hinter sich hat. Dafür ist Westberlin als Provisorium auf Dauer eingerichtet, als Stück besetztes Deutschland, das dafür steht, daß noch immer kein Frieden, keine endgültige Regelung der Hinterlassenschaften des Zweiten Weltkriegs
35 stattgefunden hat.

Deshalb darf die Mauer in Berlin keine “Gremze” sein, sondern nur eine “Demarkationslinie”; deshalb müssen alliierte Soldaten regelmäßig auf Patrouillenfahrt durch Ostberlin. Und deshalb sind solche Fragen, wer wann in Berlin was sagt oder wohin geht, immerzu hochpolitische, geradezu Existenzfragen der Nation, auch wenn kein Normalverstand durch das Regelwerk mehr
40 durchsteigt. Wo der doch schon bei der Erklärung von solchen Grundsätzlichkeiten versagt, warum dieselben Politiker, die dreimal am Tag behaupten, daß von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen darf, einen Friedensvertrag mit Unterschrift der BRD kategorisch ablehnen.

Bei der Materialisierung ihres Standpunkts sind Staaten von einer fetischistischen Kleinlichkeit. Vom Flaggenwesen bis zur Rechtschreibung, nach der z.B. die Schreibweise "Westberlin" eigentlich schon ein deutschlandpolitisches Vergehen ist, aus lauter solchen Idiotien machen sie Prinzipienfragen, um dafür Anerkennung zu fordern. Das schafft massenhaft Arbeitsplätze in Sachen Protokoll und Betreiben von Streitfragen.

Westberlin feiert: eine Gemeinsamkeit mit der DDR gegen die DDR

In dieser Sphäre gesetzlich geschützten Irrsinns und aus dem Bedürfnis, wegen der Feier einen extra "neuen Akzent" zu setzen, werden dann Unternehmungen folgender Machart geplant: Als westberliner Bürgermeister nach Ostberlin, in die Hauptstadt der DDR gehen, eingeladen vom Chef des anderen Staates, um eben dort zu demonstrieren, daß es eigentlich weder den anderen Staat noch dessen Chef geben dürfte, vielmehr eigentlich alles zusammen ein großes Deutschland bildet. Das war die enorme deutschlandpolitische "Idee" Diepgens - das hat wiederum einen monatelangen zähen Streit aller zuständigen Stellen und interessierten Organe ausgelöst. Es hätte sich ja um eine Falle der DDR handeln können, die, hätte Diepgen seinen Fuß erst auf ostberliner Pflaster gesetzt, daraus postwendend die Anerkennung des völkerrechtlichen Vergehens hätte ableiten können, das die Existenz von Ostberlin als Hauptstadt der DDR nun einmal für die BRD darstellt... Das sind Fragen, die ebenso monatelang sondiert worden sind in den westlichen Hauptstädten wie ironischerweise natürlich in Verhandlungen mit der DDR, die es gar nicht geben dürfte. Erfreut wurde da vermeldet, daß sich Erich Honecker auf den Briefbögen der Einladung als Staatsratsvorsitzender verleugnet und nur als Vorsitzender des Festkomitees Ost bezeichnet hat. Probleme dagegen hat der ebenfalls als Festkomitee einladende ostberliner Oberbürgermeister aufgeworfen,

25 "den es nach der Verfassung von Berlin gar nicht geben dürfte, weil sein Amt 1948 durch einen kommunistischen Putsch geschaffen wurde." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.4.)

Den hat dann gottseidank Diepgen auch nicht zurück eingeladen:

"Nach der Verfassung von Berlin existiert er nicht." (FAZ, 30.4.)

Das bei der ostberliner Feier anwesende Personal hätte nach westdeutschem Geschmack ausgesucht werden müssen:

"Nach westlicher Auffassung kann ein Regierender Bürgermeister nicht neben hochdekorierten Militärs der Nationalen Volksarmee auftreten da deren Anwesenheit in Ost-Berlin gegen dessen Status verstößt." (Süddeutsche Zeitung, 30.1.)

35 Während Diepgen auf einer Begleitung durch Ministerpräsidenten von Bundesländern und den ständigen Vertreter der BRD bestehe mußte, von wegen des klaren Verständnisse von "nicht von der BRD regiert." Wegen de "Idee" von "Gemeinsamkeit" hat dann auch Erich Honecker eine Einladung nach Westberlin bekommen, ausgeschmückt mit lauter Klarstellungen, als was er vorgeführt werden sollte:

“Neben Protokollfrage bereitet - offenbar auch die vorgesehene Rede von Kohl beim Festakt Schwierigkeiten. Wie es heißt, könne der Bundeskanzler in seiner Rede in der geteilten Stadt die Mauer nicht unerwähnt lassen.” (Neue Zürcher Zeitung, 29.3.).

5 “... die Sitzordnung. So hätte bei dem Festakt Honecker zwischen dem Bundespräsidenten und dem Bundeskanzler sitzen müssen. Neben Kanzler Kohl wäre dann Diepgen zu plazieren gewesen. Andererseits gab es auch Stimmen im Westen, die meinten, wenn ein solches Fernsehbild Weizsäcker/Honecker/Kohl/Diepgen um die Welt gegangen wäre...”

Nicht auszudenken.

10 “... Reden... Helmut Kohl die Hauptrede... auch Richard von Weizsäcker... An dieser Stelle erklärte aber die DDR, dann müsse auch Honecker reden. Dieses Privileg wollten die Bundesregierung und der Berliner Senat dem DDR-Staatsratsvorsitzenden auf keinen Fall zugestehen...” (Süddeutsche Zeitung, 15.4.)

15 Erich Honecker hätte also kommen dürfen, um sich von Kohl beleidigen zu lassen und sich still zu schämen für den Mauerbau - und da sollte es eines eigenen Machtworts aus Moskau bedurft haben, um Honecker die Teilnahme an einer so feinen Veranstaltung zu “verbieten”?

Daß aus der Jubiläumsreisediplomatie nichts geworden ist, eben weil die BRD sie mit lauter so feinsinnigen Bedingungen versehen hat, tut aber auch andererseits gar keinen Schaden. Deutsche Politiker sind souverän genug, die Botschaften, für die sie das ganze Getue inszenieren wollten, auch ohne das zu verbreiten.

20 1. Wenn sich der Chef der DDR für derlei nicht zur Verfügung stellt, dann *kann* es kategorisch nicht an einem *eigenen* nationalen Interesse der DDR liegen, weil das ist ja nur die andere Hälfte von Deutschland. Es muß vielmehr daran liegen, daß die Sowjetunion unser anderes Deutschland knebelt:

25 “Diepgen bedauerte es, daß die DDR offensichtlich nicht in der Lage sei, eine Politik fortzusetzen, auf die die Menschen Hoffnungen gesetzt hätten. Offenbar habe die Sowjetunion den Handlungsspielraum der DDR immer weiter eingegrenzt.” (Süddeutsche Zeitung, 7.5.)

Das war auch schon die 2. Botschaft:

30 Wenn westdeutsche Politiker sich monatelang mit solch erlesenen Fragen beschäftigen, wie sich die völkerrechtliche Brückierung der DDR *und* deren Vereinnahmung für Veranstaltungen mit dem Titel “*Ein Deutschland!*” per Protokoll am gelungensten kombinieren lassen, dann tun sie immerzu nichts anderes, als den intimsten “Hoffnungen” “der Menschen” hinterherzusteigen. Da ist sich nämlich die westdeutsche Öffentlichkeit unbesehen einig, daß “die Menschen” in
35 Ostberlin allesamt, von einer ganz großen Sehnsucht besessen sind: Einmal dieser bodenständigen Charaktermaske eines teilurbanen Imperialismus persönlich die Hand schütteln dürfen. Das würde deren Leben endlich lebenswert machen.

“Die Bewohner der DDR sehnten sich jetzt wohl noch mehr nach einem Besuch Diepgens.” (Der Senatssprecher, Frankfurter Rundschau, 14.4.)

5 “Im Berliner Feierjahr sollte Diepgen, wann immer es sein privater Kalender erlaubt, privat hinüberfahren und den Ostberlinern die Hand schütteln. Das freute sie mehr als die Wahrnehmung östlicher Staats-Termine.” (Die Welt, 14.4.)

Achtung, Ostberliner: Er kommt! Er hat schon zugesagt, daß er kommt! Hände in Bereitschaft halten!

Westberlin feiert: Mietskasernen, Nutten, Müllabfuhr - wahrhaftig eine Stadt

10 Westberlin feiert ohnehin, daß es kracht - immerzu dasselbe. Daß es zum Beispiel, weil es eigentlich nur ein Deutschland geben darf, die eigentliche Hauptstadt ist.

“Berlin ist Hauptstadt der deutschen Nation, weil sich an keinem anderen Ort die Menschen so zusammengehörig fühlen wie hier.” (Diepgen, Süddeutsche Zeitung, 12.3.)

Wer hätte gedacht, daß sich ein so merkwürdiges “Gefühl” auch noch steigern läßt. Oder:

15 “Berlin ist die einzig denkbare Hauptstadt. Es ist das geistig-kulturelle Zentrum der Nation.” (Senatsvorlage zur 750-Jahr-Feier, SZ, 4.9.)

Das ist bloß auch wieder das Ärgerliche an dem bloß eigentlich Hauptstadt-Sein, mit “Geist-und-Kultur”-Klotzerei den “Standortvorteil” von Ostberlin wettmachen zu müssen. Als das registrieren nämlich die nationalistischen Feingeister die Tatsache, daß Ostberlin unbestreitbar mitten in der
20 DDR liegt. Als wirkliche Hauptstadt.

Dafür darf aber wiederum jeder Westberliner sich zu seinem Heldentum beglückwünschen lassen. Das ist nämlich so. Der mehr oder weniger zufällige, gleichgültige oder subventionierte, manchmal lästige, manchmal relativ vorteilhafte Umstand, diese Stadt zu bewohnen, ist ein höchst
25 persönlicher Akt von Mut und Heldentum. Als müßten sich die in Westberlin herumschlurfenden Omas und Spontis täglich mit der Waffe in der Hand gegen den Iwan verteidigen, werden sie mit Komplimenten für außerordentliche Tapferkeit eingedeckt. Von sämtlichen imperialistischen Nationen, denen die Legende einer von ihren Bewohnern heldenhaft verteidigten Freiheitsinsel sehr passend vorkommt - passend als Untermalung für ein Kriegsprogramm, das von Berlin voraussichtlich kaum noch ein Gemäuer übrig lassen wird. Kaufen können sich die Omas und
30 Spontis und Normalproleten, die es in Berlin auch geben soll, davon auch nicht mehr. Aber dafür flicken ihnen unsere amerikanischen Freunde den etwas zu groß geratenen Nierentisch namens Kongreßhalle wieder zusammen und schicken ihnen eine leicht fossile Eleanor Dulles, die damn den Berlinern “zurufft”,

35 “die Fahne hoch zu tragen, sich tapfer zu halten und die Musik laut erklingen zu lassen.” (SZ, 11.5.)

Für die begeisterte Antwort sorgen die zuständigen Behörden. Die haben ein Festprogramm ausgebrütet, das die heldenhafte Leistung, als Ex-Hauptstadt durch Alliierten-Beschluß und BRD-Gelder etwas Großstadt-Ähnliches geblieben zu sein, durch alle nur denkbaren Idioten hindurch als Feier inszeniert. Wobei in den unterschiedlichsten Abwandlungen zwei Tatsachen als enormer
40 Grund zur Begeisterung angeboten werden:

1. daß es Berlin schon ziemlich *lange*, eben 750 Jahre, geben soll, was sich an allen möglichen Trümmern zeigen läßt. Und 2., daß Berlin eine *Großstadt* war und so etwas bleiben soll. Dafür hat sich jeder Regierende Bürgermeister die intellektuelle Leistung abverlangt, sich einen Namen, d.h. ein "Konzept" auszudenken. Willy Brandt: "Drehscheibe", Klaus Schütz: "Modell einer modernen Großstadt" und unter Diepgen heißt es jetzt "Metropole", Kohl in Feststimmung: "pulsierende Metropole". Daß Staat und Kapital einmal an einem Ort verhältnismäßig viele Leute zusammengezogen haben, die mit einem enormen "geistigen Leben", mit der Konzentration von Bankiersvillen und staatlichen Repräsentationsbauten auf der einen Seite und miserablen Lebensbedingungen auf der anderen Seite versorgt worden sind - Klasse! Die Erfindung der Mietskaserne hat ja zweifelsohne in Deutschland in Berlin stattgefunden. Mit dem Namen "Kiez" und "Zille" versehen, ist die Tatsache, daß es Leute da aushalten mußten und wahrhaftig auch ausgehalten haben und noch aushalten - ein echter Grund zum Feiern.

Aus dem Festprogramm:

"Materialprüfung in Berlin gestern und heute - Bundesanstalt für Materialprüfung"

"Das halbe Leben - Ausstellung des DGB über das arbeitende Berlin"

"Geschichte der Prostitution am Bülowbogen - Frauenprojekt ‚Pelzladen‘ - Die Prostitution im Zusammenhang mit der Veränderung der Lebens- und Arbeit bedingungen seit der Industrialisierung"

"Vom Dorfkrug zum Prälaten - Zur Geschichte des Gaststättengewerbes in Schöneberg"

"Maison de Sante - Die ehemalige Irrenanstalt vor den Toren Berlins als anschauliches Stück Geschichte zwischen Dorf und Großstadt"

"Erinnerungen - Fundsachen.

Kreuzberger gründen ein neues Museum.

Anstelle einer traditionellen Eröffnung, bei der den Besuchern ein fertiges Museum präsentiert wird, fordert die Aktion ‚Erinnerungen - Fundsachen‘ dazu auf, selbst Ausstellungsgegenstände mitzubringen und sich in ersten Werkstattgesprächen am Museumsaufbau zu beteiligen."

"Der Kurfürstendamm - ein Boulevard als Lebensraum"

"Sport in Berlin - Vom Ritterturnier zum Stadtmarathon Hasenheide - Ursprung des Turnens"

"Lastwagenkorso"

"Böhmisches Dorffest, mit Gästen aus der CSSR - 150 Jahre Böhmen in Neukölln. Wie die Hugenotten oder die Salzburger fanden auch böhmische Protestanten Zuflucht in Preußen... Die Böhmen als Modell für Zuwanderer, Migranten und Asylanten in der Stadt Berlin."

Lummer als Ehrenvorsitzender. Asylantenzelte werden nicht angezündet.

"Türken in Berlin - Stationen türkischen Lebens"

"Wagenkorso mit historischen und modernen Fahrzeugen der Eigenbetriebe.

Die Wasserwerke, die Stadtreinigung, die GASAG, die BVG und die Berliner Hafен- und Lagerhausbetriebe öffnen ihre Tür und stellen ihre Aufgaben und Leistungen vor."

Fehlen nur Wasserwerfer und chemische Keule als Beitrag zum Großstadtkolorit.

Bei der Beteiligung an der allseitigen Lobeshymne darauf, daß in Westberlin wahrhaftig Leute leben, wird die FAZ so rührselig, daß sie sogar Hausbesetzer und TAZ liebevoll zur Brust nimmt, "die reiche alternative Szene, die muntere freche taz..." (25.4.) (Zwei Wochen später nach den Kreuzberger Krawallen, geifert sie natürlich schon wieder, warum diese "munteren" Elemente noch nicht alle eingesperrt sind.) So wird ordinäre Armut zur Kleine-Leute-Idylle hochstilisiert. In allen Schattierungen wird der Fest-"Gedanke" durchexerziert, daß eine proletarische oder asylantenmäßige Großstadtexistenz, weil sie gezwungenermaßen ausgehalten wird, den Ehrentitel "Heimat" und ein Museum nach dem anderen verdient - und damit Berlin, *das* Symbol unerledigter "Fragen" zwischen Ost und West, sich auch noch in der politisch konstruierten Rasse seiner Bewohner Komplimente macht. Und dieses hohe Gut, dieses edle Menschentum, in Kreuzberg einen Gemüseladen zu führen, sich in Schwarz-Schillings Batterie-Fabrik vergiften zu lassen, auf einen Berliner Strich zu gehen oder in Abschiebehaft zu sitzen, erfreut sich höchster internationaler Solidarität.

Westberlin feiert: sich als NATO-Parole

Die Tour de France geht in Berlin los. The Queen's Birthday Parade findet dieses Jahr unter Teilnahme der Queen statt. Und die versammelten alliierten Armeebestände inszenieren noch einmal, weil es so schön war, Berlin-Erobern.

"Kriegsende am Großen Stern. Der Platz um die Siegessäule füllt sich mit alliierten Soldaten, mit der Musik ihrer Nation. Golden erstrahlt die Siegessäule..."

Auftritt Chor der Trümmerfrauen...

Soweit hat es die BRD inzwischen gebracht, daß die Alliierten ihre Anwesenheit in Berlin kaum noch jemals mit dem Unterton versehen, daß sie als Siegermächte gegenüber einer besiegten Nation, als Aufpasser gegenüber einer von ihnen zugelassenen und beschränkten Souveränität residieren. Umgekehrt. Der Frontstaat läßt sich und seinem Gewicht im Bündnis in Berlin die Ehre erweisen. Die Ex-Siegermächte sind der BRD zu Gefallen, absolvieren Staatsbesuche höchster Güteklasse und machen demonstrativ dem Bundespräsidenten in Berlin ihre Aufwartung - eine neue protokollarische Feinheit in der Status-Frage, die alle westdeutschen Zeitungen mit inniger Freude auf der Titelseite herausbringen. So begegnen sich eben nicht mehr Sieger und Besiegte, sondern Bündnispartner für den nächsten Krieg.

Die Alternative Liste: leicht daneben

Die Variante der Grünen in Berlin, die Alternative Liste macht ihrem Namen alle Ehre: Wo Politik ein ständiges Gezerre um Status-Fragen, ein völkerrechtliches Definitionsunwesen ist, um der DDR ihre "Normalität" zu bestreiten, da muß natürlich auch dazu eine Alternative her. Zu dem Zweck stellt sich die AL auf den östlichen Standpunkt von Westberlin als selbständiger politischer Einheit und denkt daran konstruktiv weiter in Richtung auf einen aparten West-Berlin-Nationalismus:

“Als Mächtigen-Bundesland macht sich West-Berlin finanziell, wirtschaftlich und politisch völlig von der Bundesrepublik abhängig, obwohl die Stadt einen Status besitzt, der sie zu eigenständigem Handeln berechtigt.” (Zwanzig Thesen zur Zukunftsperspektive der geteilten Stadt Berlin, FR 5.10.86)

5 Ein “selbstbewußtes West-Berlin” sollte sich dagegen als “Friedensstadt” definieren,

“sich zur-entmilitarisierten und ABC-waffenfreien Zone erklären... und zusammen mit den Friedensbewegungen in Ost und West in Kursen und Seminaren friedensfördernde Praxis lehren und einüben.”

Der DDR verspricht die AL den Verzicht

10 “auf jede Form von Druckausübung”, “natürlich heißt das nicht, Kritik zu verschweigen oder solidarische Anstrengungen gegenüber Verfolgten zu unterlassen.”

Und als echte Realpolitiker haben die Jungs von der AL auch die Finanzfragen schon durchkalkuliert:

15 “Die totale Abhängigkeit West-Berlins wäre allerdings aufzubrechen, wenn die in West-Berlin erwirtschafteten und verbrauchten Waren und Dienstleistungen in der Stadt selbst versteuert würden. Könnte West-Berlin bei seiner großen Wirtschaftskraft über die eigenen Ressourcen verfügen, stünde die Stadt - bei einem entwickelten Handel nach West und Ost - sehr günstig da. Wegen ihres entmilitarisierten Status brauchte West-Berlin keinerlei Rüstungskosten aufzubringen. Dies ist ein Grund mehr, die Rolle als Friedensstadt zu betonen und auszubauen.”

20

Wirklich Klasse, wie ein alternativer Lokalpatriotismus es schafft, mit ein bißchen Steuerhoheit die Profitträchtigkeit des Friedens auszurechnen.

25 **Die Kirchen: voll auf Linie**

In Ostberlin müssen die Schäfchen streng dazu ermahnt werden, ihrer weltlichen Obrigkeit und deren Feierbedürfnis nicht auf den Leim zu gehen.

30

“Der im Ostteil residierende katholische Bischof von Berlin hat davor gewarnt, die Stadt zu überfordern, indem man Ansprüche an sie stelle, die sie gar nicht erfüllen könne. „Unsere schöne Stadt ist nicht unser endgültiger Wohnort. Die Christen suchen ihre zukünftige Stadt, das himmlische Jerusalem. Wieviele Herrscher und Herren sind in den 750 Jahren gekommen und gegangen? Geblieben ist nur einer, gestern, heute und in Ewigkeit, Christus!“ (FAZ, 2.1.)

35

In Westberlin hetzt der evangelische Westoberpfaffe Kruse west-ost-ökumenisch gegen die Mauer.

“Berlin braucht Raum zum Leben und nicht harte trennende Grenzen.” (FAZ, 27.4.)

Sollen sie doch auch bei dem Thema mehr jenseitig denken oder Gottes unerschöpflicher Weisheit danken, der ja letztlich auch dieses Bauwerk entsprungen sein muß.

40

Demokratische Geschmackssicherheit

1. Gegen faschistische Unsitten

5 700 Jahre Berlin hat das Dritte Reich gefeiert. Dagegen muß man sich abgrenzen. Zum Beispiel damit, daß damals gar nicht genug gefeiert worden ist: Der Führer war gar nicht dabei!

“Der ‚Führer‘ machte sich auf nach Bayreuth. Die eine August-Woche der 700-Jahr-Feier in Berlin überließ er dem Gauleiter Josef Goebbels...” (SZ, 2.5.)

Und der hatte ja bekanntlich überhaupt keinen Geschmack:

10 “Die Augustwoche von 1937 war prunk- und pompvoll...”

Wir hingegen dokumentieren mit der genialen Unterscheidung von Land und Wasser den kategorialen Unterschied von Faschismus und Demokratie:

15 “Im Jahre 1937 fand hier der banal kostümierte Festzug zur 700-Jahr-Feier statt. Einen solchen Festzug kann es im Jahre 1987 aus guten Gründen nicht geben. Statt dessen sind Bürgergruppen, Partnerstädte, in- und ausländische Teilnehmer aufgerufen, Schiffe für den Wasserkorso zu gestalten, der über Berlins Kanäle, die Havel und die Spree führt ... Die Heiterkeit eines Umzugs auf dem Wasser entspricht mehr als jeder noch so prächtig ausgestaltete Umzug auf den Straßen den heutigen Anschauungen und Bedürfnissen...” (50 Jahre Berlin, Lese- und Programmbuch zum Stadtjubiläum)

2. Gegen sozialistischen Realismus

Für den Goldenen Saal im Schöneberger Rathaus hat sich der Senat extra malen lassen, um dann lauter Probleme mit dem Kunstwerk zu bekommen.

25 “Der ‚Regierende‘ befürchtete, man könne die Darstellung der Senatsmitglieder als Personenkult mißverstehen und schlug Koeppel vor, die Porträts zu ‚verunschärfen‘... So empfand sich Senator Fink als zu kleinwüchsig dargestellt, der ‚Regierende‘ fragte nach, ob seine Nase nicht zu groß geraten sei... Der Innensenator - einer der wenigen, der sich auf Anhieb gefiel - dürfe nicht lächeln, da er doch auf die unlängst ausgegrabenen Folterkeller des früheren Gestapo-Hauptquartiers schaue...” (FAZ, 9.4.)

30 Der Maler soll diese Bedenken alle eingesehen und sein Kunstwerk ausgebessert haben. Wo die Kunst nämlich frei ist und nicht in politische Ketten gelegt, ist sie auch richtig wahr, schön und gut.

35